

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 27. Dezember 2017 · Nr. 300 · 238.Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · €4.70



ABIR SULTAN / EPA

## Im Alltag bleibt kein Platz für Politik

Donald Trumps Ankündigung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, hat in der arabischen Welt Entsetzen und Wut ausgelöst. Vor Ort ist davon wenig zu spüren: Die 260 000 Palästinenser, die in Ostjerusalem leben und rechtlich nur Einwanderer sind, gehen ihren gewohnten Geschäften nach. Inzwischen hat auch Guatemala die Verlegung der Botschaft in die Heilige Stadt angekündigt. *International, Seite 6*

## Trump tritt Putin ans Schienbein

Panzerabwehrraketen für die Ukraine

B. A. Washington · Die amerikanische Regierung hat erstmals dem Verkauf substanzieller Waffen an die Ukraine zugestimmt. Laut inoffiziellen Quellen geht es vor allem um Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin («Speer»). Damit würde Donald Trump klarstellen, dass seine oft dokumentierte Schwäche für Präsident Wladimir Putin ihre Grenzen hat.

Über die Entsendung von Javelins wird in den USA seit der russischen Invasion der Krim und deren Annexion vor bald vier Jahren diskutiert. Kongressmitglieder wie etwa der republikanische Senator John McCain, aber auch Demokraten hatten die Lieferung der Raketen seit 2014 vergeblich gefordert. Präsident Obama schreckte seinerzeit davor zurück, in der Furcht, den Konflikt im Osten der Ukraine zu verschlimmern.

Bis heute haben die Amerikaner zwar stets ihren Rückhalt für die ukrainische Regierung bekräftigt, diesen aber nicht mit demonstrativer Hilfe untermauert.

Die Javelins werden zwar kaum die militärische Balance ändern, stellen aber ein unmissverständliches politisches Signal dar. Die von der Schulter abgefeuerten Raketen haben eine geringe Reichweite von wenigen Kilometern. Sie sind damit kaum ein klar offensives Instrument, weswegen ihre Lieferung keiner offenen Provokation Russlands gleichkommt. Die Geschosse wurden zur Zerstörung von Panzern aus sicherer Distanz konzipiert, können aber auch andere Fahrzeuge sowie Helikopter sprengen.

Laut dem amerikanischen Aussenminister Rex Tillerson sind die russische Annexion der Krim und die Einmischung Russlands zugunsten der Separatisten das grösste Hindernis für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Moskau. Der Status quo sei «schlicht nicht akzeptabel», sagte Tillerson kürzlich. Oberstes Ziel der amerikanischen Politik in der Ukraine sei die Wiederherstellung von deren Souveränität und territorialer

Integrität. Russland müsse den ersten Schritt in diese Richtung leisten, schwere Waffen zurückziehen und internationalen Beobachtern die Arbeit ermöglichen.

Die USA sind offenbar zum Schluss gekommen, die lange erwogene Lieferung von Javelins sei nun notwendig, um die Russen zu einer konstruktiveren Haltung zu bewegen. Russland bestreitet die Vorwürfe, russisches Militär stehe hinter den Separatisten; es handle sich allenfalls um Zivilisten, die freiwillig den Ukrainern russischer Herkunft beistünden. Diskussionen um eine Friedenstruppe haben nichts gefruchtet.

Gemäss dem Kalkül der USA geht es darum, die Kosten zu erhöhen, die Putin für seine Intervention in der Ukraine zu bezahlen hat. Die Zeit dafür ist günstig, da sich der Präsident im März einer Wiederwahl stellt. Mit Blick auf den Wahltag wären allfällige Nachrichten über steigende russische Verluste in der Ukraine für Putin besonders unerwünscht.

## Stadt-Land-Graben tritt häufiger auf

Agglomerationen entscheiden Abstimmungen

Der Stadt-Land-Graben ist eine Konstante der Schweizer Politik. Die Abstimmungsergebnisse von grossen Städten und ländlichen Gemeinden weichen immer öfter voneinander ab.

PAUL SCHNEEBERGER

In den letzten Jahrzehnten rieben sich bürgerlich dominierte Kantone und links-grün regierte Städte immer wieder in Fragen der Verkehrs- und der Sozialpolitik oder des Kulturlastenausgleichs. Auch die Zahl der eidgenössischen Abstimmungsvorlagen, die bei grossen Städten und ländlichen Gemeinden polarisierten, ist grösser geworden. Es gibt jedoch keine so tiefen Gräben mehr wie in den vergangenen drei Jahrzehnten. Das zeigt eine Auswertung der nationalen Abstimmungsergebnisse seit 2013, die das Bundesamt für Statistik für die NZZ vorgenommen hat.

Zwischen 1981 und 2012 hatte sich bei mehr als jeder vierten Volksabstimmung zwischen den beiden Gruppen der fünf grössten Städte des Landes und der nicht ganz 800 agrarisch-ländlichen Gemeinden jene Differenz des Ergebnisses von 20 oder mehr Prozentpunkten ergeben, die Werner Seitz vom Bundesamt für Statistik als Polarisierung wertet. In acht Fällen hatte sich sogar eine Differenz von 30 und mehr Prozentpunkten und somit eine starke Polarisierung ergeben.

### Hälfte der Vorlagen polarisieren

Betrachtet man die Werte der Jahre 2013 bis 2017, hat der Anteil der Abstimmungen, in denen eine Polarisierung mit über 20 Prozentpunkten zu konstatieren war, zugenommen: In 17 von 46 Fällen, also bei knapp 37 Prozent der Vorlagen, war das der Fall. Abgenommen hat aber das Ausmass der Differenzen. In all diesen Fällen waren die Gräben weniger als 30 Prozentpunkte tief.

Die grösste Diskrepanz ergab sich in diesen vier Jahren bei der Durchsetzungsinitiative. Die Städte verwarfen sie im Februar 2016 mit 76 Prozent, in den ländlichen Gemeinden wurde demgegenüber ein Ja-Stimmen-Anteil von 52 Prozent verzeichnet. Im zu Ende gehenden Jahr polarisierten zwei von insgesamt vier Vorlagen: der Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Ausländern und das Energiegesetz. Im ersten Fall betrug die Ja-Stimmen-Anteile in den Städten 76 Prozent und in den ländlichen Gemeinden 51 Prozent, im zweiten Fall waren es 72 Prozent in den Städten, 52 Prozent auf dem Land.

gerung von Ausländern und das Energiegesetz. Im ersten Fall betrug die Ja-Stimmen-Anteile in den Städten 76 Prozent und in den ländlichen Gemeinden 51 Prozent, im zweiten Fall waren es 72 Prozent in den Städten, 52 Prozent auf dem Land.

### Differenzen bei Wertefragen

Am stärksten führten in den letzten Jahrzehnten Vorlagen zu Differenzen, welche die ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft, den Verkehr (zum Beispiel die Vorlage über die Schwerverkehrsabgabe) oder die Waffeninitiative betrafen. Aber auch bei Wertefragen wie dem Schwangerschaftsabbruch und Fragen der aussen- und gesellschaftspolitischen Öffnung (Europäischer Wirtschaftsraum, Schengen-Dublin-Abkommen, Anti-Minarett-Initiative, Einbürgerungsvorlagen) zeigte sich ein beträchtlicher Graben zwischen grossen Städten und ländlichen Gemeinden.

Werner Seitz betont, dass die hier aufgezeigte Polarisierung nur idealtypisch die Spannweite der divergierenden Haltungen von Stadt und Land aufzeige. Würden beispielsweise auch die mittel-grossen Städte berücksichtigt, dürfte die Diskrepanz eher geringer werden. Entschieden werden die Volksabstimmungen letztlich aber in der Regel von den heterogenen Agglomerationen, deren Gemeinden unterschiedliche Profile haben, was Strukturen und Werthaltungen der Bevölkerung angeht.

Diese Unterschiede innerhalb der Agglomerationen führen insgesamt denn auch zu heterogeneren politischen Profilen. Anders als in den grossen Städten und in den ausgesprochen ländlichen Gemeinden kann hier vorweg weder auf eine Dominanz von Links-Grün noch auf eine solche der SVP geschlossen werden. Wie sehr die Stimmung in diesen vom gesellschaftlichen und baulichen Wandel des Landes in besonderem Masse betroffenen Gemeinden schwanken kann, machen die Unterschiede bei der Beurteilung der Zuwanderungsfrage deutlich. Hatten die Agglomerationen 2004 der Personenfreizügigkeit mit der EU zugestimmt, sagten sie zehn Jahre später Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP.

Die NZZ befasst sich ab heute in einer Artikelreihe mit dem Spannungsfeld zwischen Stadt und Land in der Schweiz. *Schweiz, Seite 9*



PETER KAJANZER / KEVSTONE

### BUNDESRAT MAX WEBER

Der Rücktritt der «gekränkten Weberwurst» überrascht 1953 alle SEITE 10

### HETZE GEGEN MUSLIME

Ein äthiopischer Hassprediger verweigert die Ausreise SEITE 12

### UNFALLPRÄVENTION

Auch Mexikos Autofahrer brauchen nun einen Führerschein SEITE 16



NICK SOJANO / KEVSTONE

### MARCEL KOLLER

Österreichs ehemaliger Nationaltrainer träumt von einem neuen Spitzenteam – allenfalls auch in der Schweiz SEITE 32

### EXPERTENSTREIT

Sind die Flüchtlinge in Deutschland gut oder schlecht integriert? SEITE 19

### POETISCHER FOTOGRAF

Daniel Schwartz' Odyssee zu den Gletschern der Welt SEITE 25

### FUSSBALL-WM IN RUSSLAND

Witali Mutkos Rückzug soll Doping-Kritiker besänftigen SEITE 31

### WETTER

Trüb und nass zuerst in der Romandie, dann auch im Rest der Schweiz. Bis am Abend Föhn in den Alpentälern, dann auch hier Niederschläge. SEITE 15

TV/Radio 14, Traueranzeigen 18, Sportresultate 30, Kino 5

NZZ [www.nzz.ch](http://www.nzz.ch)

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, weitere Angaben im Impressum Seite 7



Als der unerwartete Rücktritt von Bundesrat Max Weber die SP in die Opposition zwang **SEITE 10**

Ein positives Narrativ zu entwickeln, ist gar nicht so einfach – zumindest nicht für den Bundesrat **SEITE 10**

STADT UND LAND (1)

# Die Grenze zwischen «Kopf» und «Bauch»

Zwischen Stadt und Land wird gerne ein Graben beschworen. Wie tief ist er wirklich?

Die Bruchlinie zwischen Stadt und Land prägt die Schweizer Politik. «Vermittler» zwischen den beiden Lebenswelten fehlen, und Kontroversen um Sachfragen werden oft zu ideologischen Stellvertreterkriegen.

PAUL SCHNEEBERGER

Noch ein paar Tage, dann bricht das Jahr an, in dem sich die handfesteste Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land in der Schweiz zum 100. Mal jähren wird. Auf der 890 Meter über Meer gelegenen Lueg im Emmental, unweit von Burgdorf, erinnert seit 1921 ein sechseckiges Denkmal daran: «Zum Andenken an die im Dienste während der Grenzbesetzung 1914 – 1918 und im Ordnungsdienst v. Nov. 1918 verstorbenen bernischen Kavalleristen», heisst es auf einem der Reliefs unter drei Wappen – dem Schweizerkreuz in der Mitte, das von zwei stämmigen Berner Bären flankiert wird.

## Ein Symbol für zwei Dinge

Zu Tode gekommen waren die Reitersoldaten, an der ihre bernische Offiziersgesellschaft hier «in ewiger Treue» erinnert, nicht in Kämpfen, sondern durch die spanische Grippe, die besonders während des Landesstreiks im November 1918 gewütet und in engen Truppenunterkünften einen fruchtbaren Boden gefunden hat. Die Diskretion, mit der auf die für die Schweiz einzigartige Auseinandersetzung zwischen streikenden Arbeitern aus der Stadt und von den Behörden aufgebotenen Bauern in Uniform Bezug genommen wird, und das grandiose Panorama von der Lueg auf Voralpen und Hochalpen sind sinnbildlich für die Schweiz und ihr Selbstverständnis. In den selben Massen wie die Arbeiter und Bauern im November 1918 standen sich Exponenten von Stadt und Land in der Schweiz seither nie mehr konfrontativ gegenüber. Die Konfliktlinien zwischen den zentralen Orten und den vielen Tälern bestanden aber schon vorher, und sie bestehen auch heute noch – mehr denn je.

Dabei sind die Begriffe Stadt und Land so diffus wie noch nie. «Stadt-Land statt Röstigraben» überschrieb die NZZ im November 2016 plakativ die Erkenntnisse aus einer Dissertation an der ETH Lausanne. Basierend auf den Ergebnissen nationaler Abstimmungen in allen Gemeinden zwischen 1981 und 2014 kam ihr Verfasser zum Schluss, die Diskrepanz in der Beurteilung politischer Fragestellungen bestehe nicht mehr zwischen den Sprachregionen, sondern zwischen den Städten und der Westschweiz einerseits und den ländlichen Gebieten in der Deutschschweiz andererseits.

## Dynamik der Agglomerationen

Werner Seitz, der die Sektion Politik, Kultur, Medien im Bundesamt für Statistik leitet und sich mit den politischen «Gräben» in der Schweiz eingehend auseinandersetzt, teilt diese Einschätzung grundsätzlich. Der Antagonismus zwischen deutsch- und französischsprachiger Schweiz sei insbesondere in den 1990er Jahren dominant gewesen. Mehrheitlich fundamental unterschiedliche Einschätzungen in der Europafrage, der Sozial- und Verkehrspolitik sowie in der Deutschschweiz gefällte Entscheide zugunsten der Westschweiz (zum Beispiel jener der Swissair, in Genf keine internationale Luftverkehrsdrehscheibe mehr zu betreiben) hätten gegensätz-



Die Soldaten, an die das Denkmal auf der Lueg im Emmental erinnert, standen nicht nur an der Grenze, sondern 1918 auch den eigenen Landsleuten gegenüber. BURGERBIBLIOTHEK BERN

liche politische Stimmungsbezüge dies- und jenseits der Saane akzentuiert. Diese grundlegende Befindlichkeit sei durch politische Eliten und Medien akzentuiert worden, die nicht auf Konsens, sondern auf Konflikt aus gewesen seien.

«Der Röstigraben» ist beileibe nicht verschwunden», sagt Seitz, «er wird nur von den Differenzen zwischen Stadt und Land überlagert.» Um die Spannweite des Stadt-Land-Grabens aufzuzeigen, können die beiden Pole Grossstädte und ländliche Agrargemeinden unterschieden werden. Dabei handle es sich um Idealtypen, die in ihrer reinen Ausprägung nur einen Teil der schweizerischen Gemeinden ausmachen, hält der Philosoph und Politologe fest. In der prototypischen Grossstadt gibt heute Rot-Grün den Ton an, auf dem prototypischen Land die SVP.

So wie sich in der politischen Landschaft zwischen den ideologischen Polen die Mitteparteien bewegen, so sind die Profile der Agglomerationsgemeinden im Umland der Städte differenzierter. Während sich die einen dem einen oder anderen Pol zuordnen lassen, trifft das für andere nicht zu. In Summe spielen sie aber in nationalen Volksabstimmungen zunehmend das Zünglein an der Waage. Veränderungen in den Einschätzungen bestimmter Fragen in diesen Gemeinden können national aus Mehrheiten Minderheiten machen und umgekehrt.

Werner Seitz beobachtet eine zunehmende Polarisierung zwischen den Grossstädten und dem Land. Während die letzten nationalen Wahlen 2015 eine Verschiebung nach rechts gebracht haben, erstarkten in den Grossstädten die rot-grünen Parteien. Anders als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sei die Auseinandersetzung zwischen den «progressiven» Städten und dem «konservativen» Land heute weniger von materialistischen Begehren geprägt, sagt

Werner Seitz. Ausnahmen von dieser Regel sind Mieter- und Konsumentenfragen sowie soziale Themen. An ihre Stelle sei eine Auseinandersetzung getreten, die primär auf Werten basiere. So gehören zu den polarisierenden Abstimmungen der letzten Jahre die Waffeninitiative, die Frage der ökologischen Landwirtschaft und die aussen- sowie gesellschaftspolitische Offenheit. Nach Seitz' Einschätzung bestimmt heute mehr das Bewusstsein als das Sein die politische Präferenz. Insofern verlaufen die Fronten zwischen Stadt und Land längst nicht mehr zwischen Arbeitern und Bauern, sondern – wenn man es plakativ ausdrücken und

## STADT UND LAND

In eidgenössischen Abstimmungen sind Stadt-Land-Gräben häufiger geworden, und auch sonst reiben sich die beiden Milieus. Die NZZ befasst sich mit den Hintergründen dieses Gegensatzes.

NZZ [nzz.ch/schweiz](http://nzz.ch/schweiz)

die Unterschiede zwischen den Generationen ausblenden will – zwischen Angestellten im Gesundheits- und Sozialwesen und Kleingewerblern.

Darüber hinaus spielen noch andere Faktoren eine Rolle. Dazu gehört die Verwendung der angesichts des hohen Wohlstands reichlich verfügbaren Mittel. Die Gretchenfrage lautet, wie viel davon direkt bei den Bürgern verbleiben und wie viel umverteilt werden soll. Auch die konkrete Erlebniswelt, in welcher der rasante bauliche und gesellschaftliche Wandel eine grosse Rolle spielt, ist ein wesentlicher Faktor. In welcher Weise sich die politischen Mehrheitsverhältnisse in Stadt und Land künftig ent-

wickeln, ist offen. Aber es lässt sich nachzeichnen, wie sie zustande gekommen sind. In den grossen Städten seien die bürgerlichen Parteien in den 1990er Jahren an der Bewältigung von Drogen- und Verkehrs- und Wohnungsproblemen gescheitert, was den Weg frei machte für Rot-Grün, wie Werner Seitz feststellte.

Auf dem Land hat sich im Gegenzug die SVP als Anwältin konservativer Werte und der Tradition schweizerischer Selbstbehauptung profiliert. Seither wurde diese vor allem für die Deutschschweiz typisch gewordene Polarisierung zementiert. Ernsthaftige Wettbewerbe um politische Ideen auf kommunaler Ebene haben die Verschiebungen der Machtverhältnisse nicht gebracht. Inhaltliche Konkurrenz findet – wenn schon – auf nationaler Ebene statt, zwischen Städten und Kantonen äussern sich die unterschiedlichen Werthaltungen in anhaltenden Reibereien, die sich um Fragen wie «mehr Velo oder mehr Auto?» drehen.

## «Verstädterung» oder nicht?

Inwiefern die spezifischen Ausprägungen politischer Profile von sogenannten Nachbarschaftseffekten verstärkt werden, indem sich als Gleich und Gleich immer lieber gesellen, existieren nur vage Erkenntnisse. In Zeiten grenzenloser Mobilität darf aber vermutet werden, dass bei der Wohnortwahl das dort vorherrschende Milieu eine Rolle spielt. In den Städten sind die Profile der Quartiere seit jeher mit mehr oder weniger Prestige aufgeladen, und in den Agglomerationen haben drei Archetypen von Gemeinden herausgebildet. Salopp lassen sie sich mit den drei Begriffen «Goldküsten», «Gartenstädte» und «Ghettos» charakterisieren. Abgesehen davon, dass die Bewohner dieser drei Gemeindetypen zu unterschiedlichen parteipoliti-

schen Präferenzen von der FDP über die Mitteparteien bis zur SVP neigen, lassen sich Unterschiede erkennen, welche die meisten Agglomerationsgemeinden von den klassischen Städten unterscheiden: Eine höhere Affinität zu Initiativen von unten, etwa bei der Organisation der Kinderbetreuung. Eine «Verstädterung» lässt sich insofern erkennen, als das Vereinswesen erodiert und sich die öffentliche Geselligkeit in die nächsten Stadtzentren oder gezielt geschaffene Einkaufs- und Erlebniszentren verlagert. Abgesehen von peripheren Tälern sterben Dörfer in der Schweiz nicht im eigentlichen, sondern im übertragenen Sinne des Wortes – nicht weil die Menschen abwandern, sondern weil sie sich ausserhalb der eigenen vier Wände anderswo verwirklichen.

Ein wesentlicher Grund für das Unverständnis der beiden siedlungsmässigen, gesellschaftlichen und politischen Pole Stadt und Land hat auch damit zu tun, dass jene Politiker verschwunden sind, die der «kopflastigen» Stadt das «bauchlastige» Land erklären konnten und dem «bauchlastigen» Land die «kopflastige» Stadt. In vielen Kantonen – Ausnahmen bestätigen die Regel – sind die Land- oder Kleinstadt-Juristen, die diese Rolle vorzüglich ausfüllten, von der politischen Bühne abgetreten. Hinzu kommt die Tendenz, dass politische Minderheiten überhaupt nicht mehr oder nur noch marginal in den Exekutiven vertreten sind. Immer stärker bürgerlich dominierten Kantonsregierungen stehen in der Deutschschweiz anhaltend links dominierte Stadtregierungen gegenüber. Diese Konstellation ist nicht dazu ange-tan, die von den Exponenten der polarisierten Milieus immer wieder angeführten Stellvertreterkriege – um Verkehrsfragen oder Kultureinrichtungen – einzudämmen oder gar zu beenden.